

Zersplitterung erträgt allenfalls ein sich im wesentlichen noch im Zustand der wirtschaftlichen Erschließung befindender, von den sozialen Problemen, ja weiterhin sogar von den Verwicklungen in der Weltwirtschaft unberührter Wirtschaftskörper. Und so ist es charakteristisch, daß die Fragen der Verwertung der natürlichen Kraftquellen des Landes und der Kontrolle der Public Utilities neben denen der Sozialpolitik heute die dringendsten inneren Probleme der Vereinigten Staaten geworden sind. Die Eisenbahnen und ihre Tarifpolitik bildeten vor einem halben Jahrhundert das entsprechende Zentralproblem; nur lagen damals dank dem Einspruchsrecht des Bunds über den zwischenstaatlichen Handel und durch das gleichzeitige Interesse von Farmern und Industrie an geordneten Transportverhältnissen die Dinge für eine zentrale Kontrolle einfacher (Interstate Commerce Act von 1887) als heute gegenüber der Frage des öffentlichen oder privaten Betriebs etwa der Muscle-Shoals-Wasserkräfte.

In welcher Weise die Vereinigten Staaten diese Probleme lösen werden, die aus ihrem Übertritt in einen völlig andersgearteten soziologischen Zustand erwachsen, ist nicht abzusehen. Auch dort hören wir neuerdings nicht selten das Wort Planwirtschaft, und es ist nicht ohne weiteres zu erwarten, daß dieser Ruf aus der Depression spurlos verhallen wird, sobald einmal die Konjunktur wiederanzieht. Doch soll und kann hier nicht prophezeit werden. Für uns stellt sich vielmehr die Frage: Kann das amerikanische Zweikammersystem als ein Vorbild für etwaige Reformbestrebungen im deutschen politischen Aufbau dienen? Hierüber wird besonders zu sprechen sein.

HERMAN KRANOLD · DER FALL LIBERIA



IM Land, wo der Pfeffer wächst, an dem Teil der Küste von Guinea, der in deutschen Atlanten den Namen Pfefferküste, in englischen Kornküste (Grain Coast) führt, zwischen der britischen Kolonie Sierra Leone im Westen und der französischen Elfenbeinküste im Osten eingeklemmt, liegt einer der wenigen, heute noch wenigstens formell von europäischer Oberherrschaft freien Staaten Afrikas, die Republik Liberia. 1822 wurde sie von freigelassenen Sklaven aus den Vereinigten Staaten von Amerika begründet, 1847 wurde ihre Unabhängigkeit anerkannt, und dem Völkerbund gehört Liberia ebenfalls als Mitgliedsstaat an. Was es mit der Unabhängigkeit auf sich hat, werden wir noch sehen; jedenfalls reicht sie dazu aus dem Land eine Verfassung zu geben, die einen Präsidenten als Staatsoberhaupt, einen Vizepräsidenten, einen Ministerrat von 6 Mitgliedern, einen Senat von 10 Mitgliedern und ein Repräsentantenhaus von 22 Mitgliedern vorsieht. Präsident ist seit dem 1. Januar 1920 Charles Dunbar Burgess King, der jetzt das Amt zum drittenmal nach einander bekleidet. Das Land ist rund 95 000 Quadratkilometer groß, das heißt, es ist etwa von der selben Größe wie Bayern. Die Schätzung der Einwohnerzahl schwankt zwischen 2 und 2½ Millionen Seelen, das heißt zwischen 20 und 26 Menschen pro Quadratkilometer. Die Bevölkerungsdichte ist also etwa 1/6 derjenigen Deutschlands im ganzen und etwa 3/8 derjenigen von Mecklenburg-Strelitz. Für Afrika ist sie aber recht erheblich, da die Durchschnittseinwohnerzahl dieses Erdteils pro Quadratkilometer nur 5 beträgt; selbst das für afrikanische Verhältnisse besonders dicht bevölkerte Britisch Westafrika hat nur eine Durchschnittsbevölkerung von

etwas geringerer Dichtigkeit. Das Land hat keine Eisenbahnen; es hat eine Küstenlänge von 560 Kilometer und eine größte Breite senkrecht zur Küste von etwa 250 Kilometer. Die Grenze gegen Sierra Leone bildet der Mano-Fluß, die gegen die Elfenbeinküste der Cavallifluß. Diese beiden und einige andere in den Atlantischen Ozean strömende Flüsse scheinen strecken- und zeitweise für bescheidene Eingeborenenfahrzeuge schiffbar zu sein. Sonstige Verkehrswege, die das Innere des Landes erschließen, sind außer den in Afrika üblichen Karawanenpfaden bisher kaum vorhanden.

Diesem unerschlossenen Zustand entspricht es, daß für ein westafrikanisches Gebiet die Verflechtung in die Weltwirtschaft bei diesem Land sehr wenig weit geht. Der Wert der Ausfuhr betrug im Jahr 1928 nur 6,1 Millionen Mark. Die Einfuhr ist etwas beträchtlicher, sie ist in den letzten Jahren ziemlich schnell gestiegen und belief sich 1928 auf 16,9 Millionen Mark. Die Bevölkerung besteht so gut wie ausschließlich aus Negern, von denen ein kleiner Teil Rückwanderer aus den Vereinigten Staaten von Amerika oder Nachkommen von solchen sind; diese Elite beherrscht den Staatsapparat, regiert aber die Bevölkerungsmasse nicht durch ein eignes Beamtentum sondern durch Vermittlung von Ober- und Unterhauptlingen, die ihrerseits stark despotisch und unter weitgehender Erhaltung urchtümlicher Stammesorganisation ihr Amt erwerben, führen und verlieren. Klimatisch gehört der Temperatur nach Liberia in die selbe Provinz wie die übrige Guineaküste, der Regenmenge nach ist es im Winter trocken, im Sommer dagegen ziemlich feucht. Da aber das Land nur wenig nördlich des Äquators liegt, so ist der Unterschied der Jahreszeiten nicht sehr stark, und der astronomische Sommer entspricht klimatisch eher einem tropischen Winter, der astronomische Winter einem tropischen Sommer. Abgesehen von den landesüblichen, sehr primitiven Kulturen zur Deckung des bescheidenen Bedarfs an Nahrung und Kleidung und Genußmitteln und zur Befriedigung der ebenso bescheidenen Ansprüche an die Wohngelegenheit werden in geringen Mengen gewisse Ausfuhrprodukte gewonnen, zum Teil (wie Elfenbein und die Früchte der Ölpalme sowie Piassavareiser und Kolanüsse) vorwiegend in Sammlung, zum Teil aber (wie Kaffee und Kakao) in einer bescheidenen Kultur. Liberia ist das Ursprungsland einer in anderen Produktionsgebieten vielfach kultivierten Kaffeesorte, die sich durch großen Wuchs und Festigkeit gegen manche Krankheiten auszeichnet; aber nur ein winziger Teil aller Liberiakaffeebäume steht in der Republik Liberia.

Ein Ausfuhrprodukt, das nach Menge und Wert eine größere Rolle spielt, ist der Kautschuk. Aber mit dem hat es seine besondere Bewandnis, und um seine Bedeutung zu verstehen, muß man etwas weiter ausholen¹⁾. Im Jahr 1912 hat eine englische Finanzgruppe dem dauernd in Finanzschwierigkeiten befindlichen Land eine Anleihe gewährt, die zu 5% verzinslich war,

1) Siehe hauptsächlich *Labouret L'esclavage au Libéria et la Société des Nations und Esclavage et travail forcé au Libéria*, in der *Afrique Française* 1931, Seite 72, 151 und folgende; der letztgenannte Aufsatz stützt sich vor allem auf eine ausführliche Besprechung des Problems durch den Amerikaner Buell im *Bostoner Christian Science Monitor* vom 13. Januar 1931; siehe des weitern zahlreiche Notizen und Aufsätze aus dem *Brüsseler Essor Colonial et Maritime*, von denen besonders diejenigen vom 25. Januar, 19. Februar und 8. März 1931 hervorgehoben seien, ferner Notizen in den *Londoner Times* vom 27. Februar 1931 und im *Londoner Statist* vom 24. Januar 1931. Wertvolles Material enthält der für die 12. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf herausgegebene Band *Zwangsarbeit: Bericht und Fragebogen /Genf 1929/* in den Abschnitten über Liberia; diese Darstellung stützt sich vorwiegend auf ein Buch Buells vom Jahr 1928 und auf ein Spezialwerk Reeves über Liberia vom Jahr 1923.

und die übrigens nicht die einzige Staatsschuld darstellte. Diese Anleihe hatte auch politische Bedeutung, so daß es in Albert Scobels Handbuch hieß: »Dieses Staategebilde mit seiner zerrütteten Finanzwirtschaft . . . wird sich auf die Dauer nicht halten können und demjenigen Staate zufallen, an den es am meisten verschuldet ist. Es wird sich dabei um England oder Deutschland handeln.«² Dieses Vorwiegen englischen Einflusses, der sich in der Kreditgewährung äußerte, und deutschen Einflusses, der darin zum Ausdruck kommt, daß selbst im Jahr 1928 noch 33 % der liberischen Einfuhr aus Deutschland stammte und 66% der Ausfuhr nach Deutschland ging, schuf einen Konflikt mit dem Interesse, das (sehr im Gegensatz zur Monroedoktrin, nach deren Autor humoristischerweise die Hauptstadt der Republik den Namen Monrovia führt) die Vereinigten Staaten von Amerika von jeher an diesem afrikanischen Gebiet nahmen, und das dazu geführt hatte, daß eigentlich von 1822 bis 1847 dieses Gebiet halb und halb eine Kolonie der Vereinigten Staaten gewesen war. Sehr erheblich verstärkt wurde dieses Interesse in den letzten Jahren durch die Bestrebungen der Vereinigten Staaten sich in den verschiedensten Teilen der Welt wirtschaftlich und auch machtpolitisch so viel Kautschukversorgungsgebiete zu sichern, daß sie in der Rohstoffversorgung ihrer Pneumatikindustrie möglichst unabhängig von monopolistischer Preisbildung namentlich im englischen und niederländischen Kolonialgebiet werden³. So wie in Brasilien und auf den Philippinen das amerikanische Großkapital in diesem Sinn wirkte, ist auch Liberia dank seiner klimatischen Eignung für Kautschukpflanzungen zum Ziel solcher Bestrebungen geworden, und zwar in der Form, daß die eigens zu diesem Zweck begründete Finance Corporation of America dem Land mit mehr oder weniger sanfter Gewalt im Jahr 1927 ein Darlehen von 5 Millionen Dollars gewährte, dessen bisher ausgezahlte 1. Hälfte hauptsächlich dazu dienen mußte die erst 1942 fällige englische Anleihe von 1912 zurückzuzahlen, obwohl diese nur 5%, das neue amerikanische Geld aber 7% Zinsen kostete. Merkwürdige Einflüsse müssen mitgewirkt haben, um die Regierung von Liberia zu bestimmen dem Abschluß dieser Anleihe zuzustimmen. Denn außer dem höhern Zins und dem Umstand, daß die Anleihe bisher neues Geld der Regierung so gut wie gar nicht verfügbar gemacht hat, mußten als Sicherung für die Zinsen die Erträge der Zölle und der Kopfsteuer verpfändet werden; das letztgenannte Pfand dürfte selbst in der Geschichte exotischer Staaten ein Unikum darstellen. Damit war aber die Reihe der Bedingungen noch nicht erschöpft. Eine Hauptbedingung, die ebenfalls angenommen wurde, war nämlich ein gleichzeitig abzuschließender Vertrag mit der selben Kapitalistengruppe der Vereinigten Staaten, diesmal allerdings unter der Firma Firestone Plantations Company, der dahin ging, daß diese Gesellschaft ohne weitere Entschädigung zum Zweck der Anlage von Kautschukplantagen Flächen bis zu 500 000 Hektar Gesamtgröße zugewiesen bekommt, die sie sich selber nach Belieben auswählen kann; außerdem verpflichtete die Regierung Liberias sich den Arbeiterbedarf für diese Plantagen zu decken. Bis zu 300 000 Arbeitskräften konnte die Firestonegesellschaft auf diese Weise in Anspruch nehmen, wovon sie bisher 10 000 eingestellt hat.

2) Siehe Scobel Geographisches Handbuch II /Bielefeld 1910/ Seite 238. Der aus dem Jahr 1910 stammende Satz konnte auch nach der englischen Anleihe von 1912 zunächst noch Geltung beanspruchen.

3) Siehe hierüber Kranold Nach dem Youngplan sowie die Rundschau *Außenkolonisation*, in den Sozialistischen Monatsheften 1930 I Seite 15, 1927 I Seite 86, 1930 II Seite 841 und folgende.



U M die Wende des Jahres 1930 auf 1931 brach über Liberia ein großer Skandal herein. 1930 war vom Völkerbund eine Kommission eingesetzt worden, die aus 1 Weißen und 2 Negeren bestand, nämlich aus dem Engländer Christy und den beiden Negeren Charles Johnson, einem Professor an der Fiskuniversität in den Vereinigten Staaten von Amerika, und Arthur Barclay, dem Vorgänger Kings als Präsident Liberias. Der Bericht wurde in den Sitzungen des Völkerbundsrats vom 22. und 24. Januar 1931 beraten, und auf Vorschlag des Berichterstatters August Zaleski beschloß der Rat eine kleine Kommission »zu beauftragen die Mittel zu suchen, mit denen sie der Regierung Liberias helfen könne ihren Beschluß praktisch durchzuführen, daß sie den Empfehlungen und Vorschlägen der Internationalen Untersuchungskommission Folge geben wolle«. Was hatte nun der Bericht enthalten, der durch eine zielbewußte englisch-amerikanische Propaganda mit ungeheurem Lärm in der ganzen Welt verbreitet wurde?

Als angeblich altgewohnte Sitte besteht in Liberia die Menschenvermietung, ein Abkommen, nach dem gegen Geld ein menschliches Wesen, gewöhnlich ein Kind, für unbestimmte Zeit in Dienstbarkeit gegeben werden kann, ohne daß es dafür eine Entschädigung erhält oder sonst irgendeinen Vorteil davon hat. Praktisch können in dieser Form Sklaven gehalten werden, und zwar mit Hilfe einer einfachen geheimen Abmachung, der gemäß niemals Rückkauf stattfindet. Mit Hilfe dieser schönen Sitte sind Arbeiter gewaltsam für die spanische Insel Fernando Po angeworben und dorthin verfrachtet worden. Schlüssiges Beweismaterial dafür, daß solche Fälle vorliegen, scheint der Kommission zu Gebot gestanden zu haben; das ist um so bemerkenswerter, als es naturgemäß in afrikanischen Verhältnissen nicht leicht ist solche Beweise zu führen. Wahrscheinlich konnte das hier auch nur deshalb geschehen, weil der frühere Präsident Liberias Mitglied der Kommission war. Übrigens fällt es auf, daß über die Motive Barclays in den mir vorliegenden, recht reichlichen und in vieler Hinsicht sehr aufschlußreichen Materialien nicht eine Silbe zu finden ist. Dieser Punkt ist ebenso wenig klar wie die Antwort auf die Frage, warum anscheinend offizielle nordamerikanische Stellen die Untersuchung veranlaßt oder doch wenigstens begünstigt haben, obwohl sie wissen mußten, daß über amerikanische amtliche Beteiligung an all diesen Mißständen schließlich bei einer solchen Untersuchung allerlei zutage kommen würde.

In Fernando Po scheinen keine oder doch nur ganz miserable Löhne den so zusammengetriebenen Arbeitskräften bezahlt worden zu sein; wenigstens steht in einem Fall fest, daß der in 14 Monaten aufgelaufene Lohn nur 32,50 Mark ausmachte. Übrigens sucht man in dem Material, dem es sonst an leidenschaftlichen Ausdrücken des Abscheus für das von der Kommission Festgestellte nicht fehlt, vergebens nach Feststellungen und Bewertungen der Mitschuld spanischer Behörden; dabei ist es aber ganz unwahrscheinlich, daß sie von der Sache nichts gewußt haben sollten. Gegen den Negerstaat setzt der Völkerbund eine Untersuchungskommission und anschließend eine "Hilfskommission" ein; wer aber könnte auf den Gedanken kommen, daß ein solches Verfahren gegen eine kolonisierende Macht eingeleitet werden könnte? Umfangreiches Material liegt auch über die Verwendung von Zwangsarbeit im Innern Liberias vor. Ich übersetze aus der *Afrique Française*:

»Der Bericht erwähnt, wie alle Baracken in Barobo /Grafschaft Maryland/ ... durch erzwungene männliche und weibliche Zwangsarbeit errichtet wurden. Die Frauen des Dorfs legten folgendes Zeugnis über das ab, was ihnen geschah, als 200 von ihnen schichtenweise 9 Monate hindurch am Bau der Baracken arbeiteten: »Die Soldaten gebrauchten uns wie ihre eignen Frauen, obwohl wir in unseren Heimen Männer und Kinder hatten. Unsere Männer konnten uns nicht schützen; denn die Soldaten hatten alle Gewehre ... Wir waren [durch eine örtliche Sitte] gezwungen unsere Kinder [weil sie illegitim waren] zu töten.«

Nun ist dies wahrscheinlich nicht so sehr ein Einzelfall, sondern ähnliches mag unter primitiven Verhältnissen auch in europäischen Kolonialgebieten noch öfter vorkommen. Bezeichnend wird die Sache erst durch die Aufdeckung der Rolle, die die Firestone Plantations Company in der Frage der Zwangsarbeit spielt. Diese Gesellschaft hat nämlich, um Arbeiter zu bekommen, mit der liberischen Regierung ein Abkommen getroffen, wonach sie »jedemal, wenn die Regierung ihr auf ihre eigne Anforderung hin Arbeiter sichert, 1 Cent der Regierung, $\frac{1}{2}$ Cent dem Oberhäuptling und $\frac{1}{2}$ Cent dem Häuptling für jeden Arbeitstag zahlt, den jeder der so gelieferten Arbeiter leistet«. Und als der Reiz des Geldes nicht ausreichte, um alle Häuptlinge zu bewegen bei diesem Geschäft mitzumachen, wurde auf sie selbst wieder entsprechend gedrückt. Es heißt da in dem Kommissionsbericht:

»Eine Politik der großen Einschüchterung und der Unterdrückung ist systematisch seit Jahren befolgt und ermutigt worden. Einschüchterung war und ist offenbar der Schlüssel der Eingeborenenpolitik der Regierung ... Auch die Häuptlinge selbst wurden systematisch gedemütigt, erniedrigt und ihrer Macht in solchem Maß beraubt, daß sie jetzt einfache, von der Regierung bezahlte Zwischenunternehmer für die Aufgabe sind das Volk zu zwingen und zu plündern.«

Natürlich wird die unschuldige Firestonegesellschaft nie geahnt haben, welche Methoden Regierung und Häuptlinge Liberias anwendeten, um ihr die ausbedungenen und den Zutreibern gut bezahlten Arbeiter zu beschaffen. Man ahnt gar nicht, wie unschuldig und ahnungslos so ein weißer Pflanzler im afrikanischen Busch sein kann. Die Kommission jedenfalls tut der Firestonegesellschaft in dieser Hinsicht nicht weh, schreibt sie doch:

»Jetzt jedenfalls gibt es keine Beweise dafür, daß die Firma Firestone wissentlich andere als freiwillige Arbeiter auf ihren Pflanzungen beschäftigt.«

Und anschließend legt sie sogar ganz genau dar, daß die Arbeiter, um dem Arbeitszwang im Dienst der liberischen Behörden zu entgehen, bei der Gesellschaft gern freiwillig Arbeit nehmen, weil sie es bei ihr so viel besser haben. Man fragt sich nur, warum bei so viel Glück auf den Plantagen der Gesellschaft noch 8 Pfennig pro Kopf und Tag (ein für westafrikanische Verhältnisse fühlbarer Betrag) an liberische Menschenjäger bezahlt werden müssen, um das Herbeiströmen der schwarzen Völkerscharen zu sichern.



ACH R. L. Buell ist die Regierung des Präsidenten King eine Diktatur, die 2malige Wiederwahl soll durch Wahlbetrug zustande gekommen sein. Übrigens amtierten Präsident und Vizepräsident eine Zeitlang nicht, die Regierungsgeschäfte wurden von dem Staatssekretär E. Barclay geleitet (der nach neuester Meldung jetzt zum Präsidenten "gewählt" worden ist). Daß Wahlbetrug großen Stils vorgelegen haben muß, folgert Buell daraus, daß King das letztmal mit einer Stimmenzahl von angeblich 125 000 gewählt gewesen sein soll, während sich nach Buell die Zahl derjenigen, die die (übrigens aufs äußerste plutokratischen) Bedingungen des Stimmrechts erfüllen, in der ganzen Republik überhaupt bloß auf 6000 beläuft.

Nachdem man nun "enthüllt" hatte, was im wesentlichen schon der frühern Literatur über Liberia entnommen werden konnte, fragte man sich, was nun geschehen solle. Gegen den Vorschlag, daß die Vereinigten Staaten »entsprechend ihren historischen Interessen ein Protektorat oder ein Mandat über Liberia errichten«, wendet sich Buell mit folgender Darlegung:

»Ein solcher Vorschlag würde darauf hinauslaufen die Unabhängigkeit der schwarzen Republik zu vernichten ... Seit 1847 hat dieses Land trotz enormen Schwierigkeiten seine Unabhängigkeit bewahrt. Wenn sie jetzt verschwindet, werden die Imperialisten mit noch größerer Energie als je zuvor die Unfähigkeit der Negerrasse auszusprechen sich selbst zu regieren. Die Schwarzen Liberias haben aber gar keine Gelegenheit gehabt ihre Fähigkeiten zu beweisen. Fremde Regierungen, Bankiers, Geschäftsleute haben das Land mißbraucht.«

Über die Rolle der Vereinigten Staaten erfährt man bei dieser Gelegenheit Näheres. Seit 1912 tun amerikanische Offiziere in der liberischen Grenztruppe Dienst, die grade an dem Einfangen und Verhöckern von Zwangsarbeitern gründlich beteiligt gewesen ist; 1926 hat das amerikanische Staatsdepartement auf die liberische Regierung einen Druck ausgeübt, damit sie die Firestonekonzession bewilligte. Weiter:

»Nach den Bestimmungen der Abmachung von 1927 bezeichnet der Präsident der Vereinigten Staaten den finanziellen Berater der liberischen Regierung und empfiehlt die Ernennung der Offiziere, die in der Grenztruppe dienen sollen. Das Staatsdepartement seinerseits hilft bei der Wahl einer gewissen Anzahl von Beamten, 7 im ganzen, und übernimmt es Streitigkeiten zwischen Herrn Firestone und der örtlichen Regierung schiedsrichterlich zu entscheiden. Aber die vorgeschlagenen Beamten haben keinerlei Erfahrung im Kolonialdienst ... und gar keine Verantwortung gegenüber den Vereinigten Staaten. Technisch betrachtet sind sie dem liberischen Staat verantwortlich, aber ... mehrere dieser Agenten können nicht ohne Zustimmung des amerikanischen Staatsdepartements abgedankt werden ... Unfähig das Geld [für die Anleihe] vom Kongreß bewilligt zu bekommen, und ohne das erforderliche technische Personal hat das Staatsdepartement sich auf die Banken der Wall Street und auf Herrn Firestone verlassen; diese spielen nun eine Rolle, die nur einer Regierung zukommt.«

Alles das geschieht ohne jede staatsrechtliche Verantwortung der Regierung der Vereinigten Staaten, nur auf Grund eines privatrechtlichen Vertrags zwischen Firestone und Liberia. Dieses System hat auch nach Buells Meinung völlig versagt, »viele der schreiendsten Mißbräuche«, sagt er ausdrücklich, »sind von der eingeborenen Grenztruppe geübt worden, die unter der vorgetäuschten Kontrolle Amerikas steht«. Unter diesen Umständen sei es kein Wunder, daß bei der ganzen Sache andere Staaten den Vereinigten Staaten von Amerika selbstsüchtige Zwecke zutrauten. Buell verlangt unter diesen Umständen, daß die Vereinigten Staaten die gepfändeten Einnahmen freigeben, Firestone auf sein Vetorecht gegen alle künftigen Anleiheabschlüsse Liberias verzichtet. Auch müsse er sich darauf beschränken seine Kautschukplantagen nicht über den jetzt erreichten Umfang (22 000 Hektar) hinaus zu vergrößern; denn wenn er an seinem Plan festhalte die ursprünglich bewilligten 500 000 Hektar mit Kautschukbäumen zu bestellen, müsse er auch, wie ebenfalls ursprünglich vorgesehen, nach und nach 300 000 Arbeiter auf den Plantagen festlegen, und das sei eine Zahl, die sich mit der geringen Bevölkerungszahl des Landes absolut nicht vertragen und unbedingt zu einer populationistischen Katastrophe führen müsse.

Man wird dem, was Buell sagt, im allgemeinen zustimmen können, und auch die Hilfskommission, die neuerdings auf Anordnung des Völkerbunds unter dem Vorsitz Lord Robert Cecil's in London zusammentrat, und die "neger-

rein" gemacht worden ist, wird nicht viel anderes tun können als auf dieser Grundlage anzufangen. So unbefangen Buell aber auch seine amerikanischen Landsleute in der Sache zu kritisieren scheint, so ist er doch taktvoll genug die netteste Einzelheit des Ganzen diskret zu verschweigen. Dafür ist allerdings Henri Labouret, dieser besondere Kenner in Eingeborenenfragen, böseartig genug aus der Schule des Angelsachsentums etwas auszuplaudern:

»Buell sagt in seinem Artikel nicht, wer der Politiker war, dem man die Idee verdankt den Kautschuk in Afrika auszubeuten, aber alle Welt weiß, daß sie von dem Präsidenten Hoover selbst stammt, und zwar aus der Zeit, in der er Handelsminister war.«



AS folgt nun aus diesem liberischen Skandal und dem Arbeitsbeginn der negerreinen Hilfskommission für die Betrachtung der Kolonialfragen überhaupt? Das ist eine Frage, deren Beantwortung uns besonders angeht, die wir die Inangriffnahme und Förderung produktiver Kolonisationsarbeit als eine sozialistische Pflicht erachten. Was haben wir also aus diesem Fall zu schließen?

Sicherlich zunächst nicht, daß allein die Unfähigkeit der liberischen Neger die Schuld an diesen Zuständen trägt. Gewiß ist es richtig, wenn man die Ansicht vertritt, daß im allgemeinen die Bevölkerungen der tropischen Gebiete heute noch völlig außerstande sind ihren Weg durch die Welt des Spätkapitalismus und der weltwirtschaftlichen Verstrickungen aller Länder und aller Wirtschaftszweige zu finden. Entschieden aber muß darauf hingewiesen werden, daß die liberischen Zustände gerade unter den segnenden Händen desjenigen weißfarbigen Volks zustande gekommen sind, das so besonders gern seine Überlegenheit über alles betont, was eine, sei es auch nur leicht, schattierte Haut hat. Ich habe vor einiger Zeit am Beispiel von Kenya und Südafrika hier einiges über ähnliche Verhältnisse im stolzen und ach so edlen Britischen Reich dargelegt⁴⁾, ich verweise auf die Schilderungen der Dinge in Britisch Indien, wie sie dort sich unter britischer Oberlehnsherrschaft entwickelt haben, über die hier öfters berichtet wurde. Heute nur eine Probe aus dem Paradies der Rotary Clubs und des Ku Klux Klans.

Im selben Bericht des Völkerbunds über die Zwangsarbeit, in dem alles Wesentliche über die Zustände in Liberia schon vor dem Auftreten der Untersuchungskommission gesagt war, findet sich in dem Abschnitt Zwangsarbeit für Privatunternehmer auch ein § 305 über die Vereinigten Staaten, der das Urteil des Internationalen Arbeitsamts selbst in den zwar sanft stilisierten, doch absolut eindeutigen Satz zusammenfaßt:

»Es gibt genügende Beweise dafür, daß in manchen Südstaaten der Union strafgefangene Neger als Arbeiter Privatunternehmern zugewiesen werden.«

Und aus dem 1927 veröffentlichten Buch Edward Byron Reuters *The American Race Problem* exzerpiert das Amt unter anderm folgende Einzelheiten:

»Die Delinquenten sind meistens nicht in der Lage die Geldstrafe zu entrichten ... Es kommt auch vor, daß diese Strafe von einem Unternehmer oder Plantagenbesitzer unter der Bedingung bezahlt wird, daß der Verurteilte den für ihn erlegten Betrag zu einem geringeren Lohn (sagen wir 50 Cents pro Tag) abarbeiten wird. Die die Arbeitsverträge regelnden Gesetze erlauben dem betreffenden Unternehmer den Verurteilten so lange in seiner Unternehmung oder auf seiner Plantage zurückzuhalten, bis die Schuld zurückbezahlt ist. Verpflegung, Bekleidung ... gehen zu Lasten des Sträflings. Flüchtet ein solcher Arbeiter, oder weigert er sich zu arbeiten, oder befolgt er nicht die Befehle seines Herrn, dann kann er ins Gefängnis wieder eingeliefert oder neuerlich verurteilt werden ... Plantagenbesitzer und Unternehmer

⁴⁾ Siehe *Kranold* Sidney Oliviers Vermächtnis, in den Sozialistischen Monatsheften, 1930 III Seite 1230 und folgende.

können mit den zuständigen Behörden wegen Lieferung billiger Arbeitskräfte handelseinig werden. Neger können für ganz geringe Vergehen in Haft genommen und Privatunternehmern zugewiesen werden. Die Mittellosigkeit ... des Sträflings bietet den Unternehmern manche Vorteile, so daß diese Arbeiter ... sich immer mehr und mehr verschulden. Der Weiße führt die Rechnung, und seine Angaben sind für das Gericht maßgebend. Der Unternehmer kann mit oder ohne Zustimmung des Schuldners seine Rechte ihm gegenüber an einen anderen Farmer, der Arbeiter braucht, verkaufen oder abtreten, was in Wirklichkeit nichts anderes als Negerhandel ist.«

So dort. Und ähnlich vielerorten. Allerdings soll auch hier nichts Einseitiges behauptet werden. In Wirklichkeit sind in den meisten Teilen der Welt Zustände, wie sie heute aus Liberia unter heftiger Empörung geschildert werden, vor noch nicht langer Zeit so ziemlich der Normalzustand gewesen; mehr oder minder bedeutende Reste von ihnen kommen noch an vielen Stellen, grade auch immer bei denen vor, die über die üblen Zustände bei anderen so tapfer zu schmälen wissen. Deshalb kann ich auch nur dem zustimmen, was im Kolonialfreund vom 5. Februar 1931 gesagt wird:

»Es wird sich wohl herausstellen, für welches imperialistische Sonderinteresse der Vereinigten Staaten von Amerika die liberianische Sklaverei den Vorwand abgeben muß. Die Herren Yankees täten wohl besser zunächst im eigenen Lande Remedur zu schaffen. Das Dasein der Neger in den Südstaaten der Vereinigten Staaten ist faktisch nichts als Sklaverei ... Es sei nur an die liebliche Sitte des noch immer im Schwange befindlichen Lynchens erinnert.«

Ferner folgt aber hieraus, daß in der Tat, wenn in absehbarer Zeit alle diese Reste, zu tragen peinlich, ausgetilgt werden sollen, die besten und tüchtigsten Kräfte der Menschheit zur Kolonisation eingesetzt werden müssen. Ebensowenig wie das eine oder andere europäische Volk allein stark genug ist das zu erreichen, ebenso wenig sind die Völker der Kolonialgebiete allein dazu imstande. Es ist Aufgabe der Kolonisation diese Arbeit zu leisten und zu ihr die Eingeborenen immer mehr zu befähigen. Ob man die Tatsache, daß die außereuropäische Welt von der Flut des von Europa und Nordamerika ausströmenden Kapitalismus überströmt wird, bedauern oder begrüßen will: sie selbst wird man weder durch das eine hindern noch durch das andere fördern, sie ist ein heute nicht mehr aufhaltbares Schicksal. Aber wie sie kommt, was sie von den kolonialen Menschen an Zahl und körperlicher und geistiger Lebenskraft übrig läßt, das hängt ganz und gar von den Methoden der Kolonialpolitik ab. Jene bösen Zustände, wie sie heute noch in mehr oder minder auffallenden Resten gefunden werden, mögen unter einfachen, vorkapitalistischen, vor dem Beginn der Europäisierung liegenden Verhältnissen leidlich geschienen haben (obwohl diese Vermutung nichts für sich hat). Sicher ist, daß unter den heutigen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnissen diese Reste Massenmord der Seelen und Leiber bedeuten, und daß man ihnen mit aller Kraft und aller Kunst entgegenwirken muß. Deshalb soll der liberische »Sklavereiskandal« mit den »furchtbaren Enthüllungen der Völkerbundskommission«, die in dem Genfer Bericht der Vossischen Zeitung vom 11. Januar 1931 andeutungsweise mitgeteilt wurden, nicht ein Anlaß sein, daß sich die europäisch-amerikanischen Menschen so viel edler und reiner vorkommen als jene Zöllner und Sünder mit anders gefärbter Haut, sondern ein Beweis dafür, daß nur Zusammenarbeit und ehrliche gegenseitige Kritik der europäischen Völker zur Lösung dieser Aufgabe führen, und daß die wachsende Selbständigkeit der unterworfenen (heute noch, womit sich kein Sozialist abfinden kann, unterworfenen) Kolonialmenschheit zu gleicher Zeit Mittel und Ziel dieser Kolonialpolitik sein muß.